

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

52. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.01.2021
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:57 Uhr
Ort, Raum: Videokonferenz

Anwesend sind:

Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Falko Krause	SPD	Vertretung für: Herrn Daniel Schwarz
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Herr Michael Wehler	AfD	
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Andrea Lang	JHA BD	
Herr Dirk Stiebritz	JHA BD	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	BzStRätin	
Jug		
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr Armin Gaspers	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss	

Bezirksamt: Frau BzStRätin Reiser

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Der Vorsitzende wünscht gutes und gesundes neues Jahr.

Mit der anstehenden Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes werden digitale Sitzungen geregelt, was die digitale Abstimmung einschließt. Es sei davon auszugehen, dass das digitale Format noch die nächsten Monate erhalten bleibe.

zu 2 Genehmigung der Protokolle
zu 2.1 zur 50. Sitzung am 19.11.2020

Der TOP wird vertagt.

zu 2.2 zur 51. Sitzung am 03.12.2020

Der Top wird vertagt.

zu 3 Mitteilungen
zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Frau BzStRätin Reiser wünscht ebenfalls ein gutes und gesundes neues Jahr.

Die Mitteilungen des Bezirksamtes mit den dazugehörigen Anlagen seien vorab per E-Mail übersandt worden und werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Sie berichtet über die Umfrage der Kinder- und Jugendbüros, „jung in Mitte“, die bis zum 10.01.2021 laufe. Sie bittet, für diese zu werben. Bis zum 05.01.2021 haben sich 382 junge Menschen diese Befragung angesehen, von denen 234 daran teilgenommen haben.

Die Jugendfreizeiteinrichtung Putte e.V. in der Biesenthaler Straße werde saniert. Zur Notwendigkeit sei vor einem Jahr berichtet worden. Die Sanierung werde mit Vorher-Nachher-Bildern dokumentiert, die den Ausschussmitgliedern mit den vorab übersandten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Der in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.01.2021 vorgestellte Transferbericht werde den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses ebenfalls zur Verfügung gestellt und befinde sich in den vorab übersandten Unterlagen. Der Bericht gehe auch auf die Auswirkungen der mithilfe des Flexibudgets eingerichteten Maßnahmen auf die Leistungen der Hilfe zur Erziehung aus.

Die Ziele des Jugendamts für das Jahr 2021 seien ebenfalls im Hauptausschuss dargelegt worden. Die Ziele des Jahres 2020 seien angepasst worden. So soll zum Beispiel der Ausbau von Kita-Plätzen durch die Rahmenkoordination in Form eines Projektmanagements unterstützt werden. Das betrifft vor allem Standorte, bei denen mehrere Ämter beteiligt seien, wie zum Beispiel die Seydlitzstraße. Dem im Hauptausschuss geäußerten Wunsch folgend werde sie in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses vertiefend dazu berichten.

Die Sprachförderung nach § 55 bleibe ein Ziel und sei modifiziert worden.

Zu den „frühen Hilfen“ sei heute ein Dokument zur Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Gesundheitsamt übersandt worden, der für die anstehenden Haushaltsberatungen interessant sei.

Zur Nachfrage von Frau Depil (Bürgerdeputierte) informiert Frau Goral, dass die Erziehungs- und Familienberatung sowie der RSD 4 aus dem Kapweg zurück zum ursprünglichen Standort in der Schulstraße gezogen seien.

zu 4 Situation von geflüchteten Familien in Flüchtlingsunterkünften

Herr Walz schildert die Unterschiede von Unterbringungen in Unterkünfte des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und Unterkünften nach dem ASOG. In letzterge-

nannte werden obdachlose Personen untergebracht, so auch geflüchtete Menschen, die das Asylverfahren durchlaufen haben und noch keine Wohnung finden konnten. Die Zuordnung des zu betreuenden Sozialamts erfolge nach der Geburtsmonatsregelung. Während die LAF-Unterkünfte bezirkseigene Einrichtungen seien, die Standards zu erfüllen haben und seit vielen Monaten Teil der Migrationsarbeit von Behörden und in Projekten seien, werde die Zusammenarbeit mit den Unterkünften nach dem ASOG erst aufgebaut. Es haben inzwischen Informationsveranstaltungen und Workshops stattgefunden, doch seien Sicherheit und Ordnung in den Unterkünften nach dem ASOG weniger streng oder sogar gar nicht geregelt, was zu Problemen führen könne. Es sei auch kaum möglich zu erheben, wie viele der in ASOG-Unterkünften untergebrachten Kinder in einer Kita untergebracht sind, um gezielte Angebote unterbreiten zu können, auch vor dem Hintergrund, dass im Vergleich zu den LAF-Unterkünften weniger Raum pro Person zur Verfügung stehe sowie mangels WLANs das Homeschooling nahezu unmöglich sei. Die Unterbringung von Kindern in Unterkünften nach dem ASOG werde daher mit großer Sorge betrachtet, sodass die aufsuchende Hilfe ausschließlich auf diese Unterkünfte ausgerichtet werde.

Aktuellen Berichten zufolge, leben etwa 12.000 Personen in den ASOG-Unterkünften, 40% unter ihnen seien Kinder.

Zahlen und Daten im Überblick

LAF:

- *4 Unterkünfte in Mitte*
 - o *City54 – Chausseestr.*
 - o *Haus Leo – Lehrter Str. – Berliner Stadtmission*
 - o *Haus vom Guten Hirten – Residenzstr. – Caritas*
 - o *Paul-Gerhardt-Stift – Müllerstr. – Evangelischer Johannesstift*
- *Alle 4 sind Familienunterkünfte*
- *Platzkapazität: 660 belegbare Plätze*
 - o *Davon knapp die Hälfte Minderjährig*
 - o *Über dem gesamten Berliner Schnitt*
- *5. Unterkunft voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2021*

ASOG:

- *89 Unterkünfte in Mitte*
- *474 in Berlin*
- *Bekannte Platzkapazität in Mitte liegt bei über 2300 Plätzen (2334)*
- *Bei knapp 1/3 ist die Platzkapazität uns nicht bekannt*
- *½ der Unterkünfte mit Platzkapazitäten von mehr als 10 Plätzen*
 - o *Also Wohnheime*
- *Nur Anzahl der Belegung durch das Sozialamt Mitte bekannt*
- *Belegung in Mitte: 589*
- *Außerhalb von Mitte: 1920*

- 40% der Belegungen sind Kinder

Der Vorsitzende bezeichnet die Situation für die Kinder desaströs.

Auch viele weitere Teilnehmende äußern ihre Sorge und hinterfragen die Verweildauer in den Unterkünften, Unterstützungen bei der Wohnungssuche sowie der Kinder- und Lernbetreuung, der technischen Ausstattung in den Unterkünften, den Hygienekonzepten und –kontrollen und das Monitoring an sich.

Viele bewegt die Frage, weshalb nur unzureichende Informationen vorliegen und durch wen diese beantwortet werden können.

Herr Walz geht bezugnehmend auf die gestellten Fragen auf die Unterstützungen und Leistungen des Bezirksamts ein, soweit ihm die Informationen vorliegen. Einige der angesprochenen Themen betreffen das Landesamt für Soziales und Gesundheit, wie z.B. der Infektionsschutz. Mit dem Thema befasste sich die dort angesetzte Koordinatorin für Flüchtlingsangelegenheiten und führe Schulungen in den Einrichtungen durch. Er könne jedoch nicht beantworten, ob es ein Monitoring gebe.

Nach den ihm vorliegenden Informationen betrage die durchschnittliche Verweildauer in beiden Arten der Einrichtungen 2 ½ Jahre.

In den LAF-Unterkünften habe sich die technische Ausstattung verbessert, teilweise werde von der Einrichtung Geräte zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende ist unzufrieden damit, dass zu einigen Fragen derzeit keine Beantwortungen möglich seien. Dem sollte weiter nachgegangen werden. Die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sei bei einer so langen Unterbringung in solchen Unterkünften stark gefährdet, sodass der Jugendhilfeträger helfen müsse.

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass das Integrationsbüro den Vorschlag unterbreite habe, die Daten über Abfragen zu erfassen.

Zur Situation in den Unterkünften berichten Vertreter von Trägern.

Herr Geil (AG Leopoldplatz) bestätigt, dass es vereinzelte Betreuungsangebote für Schüler gebe, insbesondere während des Lockdowns. Die Lernbedingungen in den Unterkünften seien schlecht, zumal es oft nicht einmal einen Zugang ins Internet gebe.

Frau Bakri vom Träger „Evin e.V.“ sei selbst sehr überrascht, dass es so wenig Informationen über die Situation von geflüchteten Menschen in den ASOG-Unterkünften gebe.

Das Projekt, in dem sie tätig sei, werde vom Integrationsfond finanziert und sei seit 2016 sowohl in Hostels, in LAF-Unterkünften als auch in ASOG-Unterkünften vertreten gewesen. Am Anfang standen die Themen „Kinderschutz und Erziehungsfragen für die Eltern“ im Fokus. Seit Beginn dieses Jahres konzentriere sich die Unterstützung ausschließlich auf Beratungen in ASOG-Unterkünften. Die untergebrachten Familien leben zum Teil bereits seit mehr als 5 Jahren in diesen desolaten und extrem engen Wohnverhältnissen. Die Corona-Pandemie erschwere den Zugang, sodass Unterstützungen, die nicht durch Telefonate oder Treffen im Freien ermöglicht werden können, zur Zeit nicht angeboten werden.

Sie berichtet über die Problematiken, wie z.B. Gemeinschaftsküchen, gesundheitsgefährdende Gebäudezustände, Aufsichtspflichtverletzungen, Gewalt, Konzentrationsschwächen aufgrund Schlafmangels, Isolation mangels Aktivitäten außerhalb der Einrichtung u.a.. Hinzu komme die Problematik, dass die Kinder, die zum Teil in Berlin geboren seien, aus der Flüchtlingsperspektive nicht herauskommen und das Gefühl haben, nirgendwo dazugehören.

Eine Notbetreuung stehe nicht zu, da diese nur berufstätigen Eltern in systemrelevanten Berufen zur Verfügung stehe.

Frau Depil appelliert an die Träger der Kitas und der Horte, die Kinder von in Einrichtungen untergebrachten geflüchteten Menschen aus Gründen des Kindeswohls in die Notbetreuung aufzunehmen.

Die heute geschilderte Situation zeige dringenden Handlungsbedarf. Auch wenn aktuell die konkreten Zahlen der in ASOG-Unterkünften untergebrachten minderjährigen geflüchteten Menschen nicht vorliegen, so seien die Handlungsfelder deutlich geworden, zu denen konkrete Maßnahmen eingerichtet werden sollten.

Frau Grass berichtet, dass während des ersten Lockdowns das Jugendamt und die Kitas den von Frau Depil genannten Bedarf der Notbetreuung anerkannt haben und die Aufnahme der Kinder aus Einrichtungen auch in dieser Welle fortführen möchten.

Frau Goral sehe angesichts der Komplexität keinen schnellen Weg, der Situation mit der erforderlichen Unterstützung zu begegnen. Sie werde sich mit Herrn Dr. Schlese (Gesundheitsamt) und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in zur Beratung in Verbindung setzen. Der Schwerpunkt liege darin, Möglichkeiten des Zugangs zu finden, insbesondere, wenn seitens der Betreibenden kaum Kooperationsbereitschaft vorliege.

Bei Frau BzStRätin Reiser erkundigt sich, ob es mit dem Bereich, der nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz arbeite, einen Abgleich zu großen Wohnungen gebe. Nach dem Gesetz müssen ASOG-Unterkünfte in Gewerberäumen eingerichtet sein. Bei der Wohnraumsuche an sich unterstütze das Bezirksamt.

Der Vorsitzende dankt für diese eindrucksvollen Schilderungen und kündigt an, das Thema auch in weiteren Sitzungen zu behandeln. Er bittet die Ausschussmitglieder, das Thema in den Fraktionen anzusprechen, um schnellstmöglich eine Drucksache verfassen zu können. Es biete sich zudem an, mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit gemeinsam zu tagen und zu beraten.

Dem Vorschlag stimmen mehrere Teilnehmende zu.

zu 5 Berichterstattung aus den AG'en 78

Herr Geil, AG Leopoldplatz

Der Park am Maxplatz werde im Sommer 2021 aufgrund des Umbaus nicht für Aktivitäten zur Verfügung stehen. Mit einem Brief an Frau BzStRätin Reiser und den Jugendhilfeausschuss bittet die, AG Leopoldplatz, eine Ausweichmöglichkeit zu finden.

zu 6 Beschluss zum IBV Projekt Väterlots_in in Mitte

Das Projekt „Väterlots_in“, das im Rahmen des Flexibudgets eingerichtet werden soll, sei in der Dezember-Sitzung vorgestellt worden. Das Interessenbekundungsverfahren (IBV) sei direkt im Nachgang zur Sitzung veröffentlicht worden, mit Fristsetzung 30.12.2020. Sehr zeitnah haben 9 interessierte Träger Nachfragen gestellt, 3 haben in der Folge ein Angebot abgegeben.

Zum Aufruf an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, am Auswahlkomitee teilzunehmen, habe es keine Rückmeldungen gegeben.

Das Auswahlverfahren sei am 04.01.2021 durchgeführt worden, die Konzepte unter Betrachtung verschiedener Indikatoren bewertet worden.

Das Konzept des Väterzentrum Berlin e.V. habe die höchste Punktzahl erreicht, da sie im Vergleich ihre Ziele und geplanten Angebote sehr umfassend beschrieben haben.

Das Jugendamt möchte das Projekt „Väterlotse“, finanziert aus dem Flexibudget, an den Träger Väterzentrum Berlin e.V. vergeben.

Geplant sei, das Angebot an den Standorten der Familienzentren anzugliedern und darüber hinaus in Kooperation mit Moscheen.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag des Jugendamts zur Abstimmung.

Der Vorschlag des Jugendamts wird mit 10 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

zu 7

Gründung der AG-Förderverfahren § 11 SGBVIII

Die Vorlage ist den Ausschussmitgliedern vorab übersandt worden.

Verfahrensvorschlag für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Mitte am 07.1.2021

TOP Gründung der AG Förderverfahren 2021

Im Vorfeld der Haushaltsplanaufstellung 2022/2023 und der damit verbundenen Finanzierung/Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Mitte sind die Vorgaben für das Förderverfahren 2021 festzulegen, nach denen die Verwaltung des Jugendamts den Fördervorschlag für den Jugendhilfeausschuss erarbeiten soll.

Die Verwaltung des Jugendamts schlägt dem Jugendhilfeausschuss, wie in früheren Förderperioden, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, die verschiedene für die Bewertung und Auswahl der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit relevante Aspekte untersuchen und dem JHA einen integrierten Verfahrensvorschlag unterbreiten soll.

Durch das neue Jugendfördergesetz und der verpflichtenden Erarbeitung eines Jugendförderplans müssen die bisherigen Verfahrensbestandteile

- Fortschreibung des Berliner Modells des „Wirksamkeitsdialogs für die Jugendarbeit“ oder einzelner Bestandteile daraus
- Überarbeitung der Förderleitlinien des JHA
- Angebots- und Mittelverteilung auf die Prognoseräume (sog. „Förderformel“)
- Bewertungsverfahren für Projekte Freier Träger / kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen

kritisch betrachtet, ggf. überarbeitet und/oder ergänzt werden.

Die Arbeitsgruppe soll mit Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, der Verwaltung des Jugendamts (Jug FD 1, Jug Plan 2, 4 x Regionaldienste) sowie Sprecher*innen der AGen § 78 im Sozialraum und der Fach-AGen § 78 Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und der AG Mädchen* und junge Frauen* besetzt sein.

Der Verfahrensvorschlag soll dem JHA rechtzeitig schriftlich zur Entscheidung in der Sitzung am **02.04.2021** vorliegen.

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag ohne Gegenstimmen zu.

Für das erste Treffen wird der 26.01.2021 ab 17:30 Uhr vorgeschlagen. Die Sitzung soll als Videokonferenz stattfinden.

Im ersten Tagesordnungspunkt soll über die Ansprüche an die Förderinstrumente in der Kinder- und Jugendarbeit ausgetauscht werden.

zu 8

Jahresplanung 2021 (mit Änderungen und Ergänzungen aus der letzten Sitzung, s. Anlage)

Den Ausschussmitgliedern ist vorab ein Entwurf übersandt worden.

Der „Jahresbericht zur Beteiligung in Mitte von den Kinder- und Jugendbüros“ wird auf den 03.06.2021 verschoben.

Frau BV Schrader schlägt vor, die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Gesundheitsamt zum Thema „Gesundheit“ in einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse zu besprechen. Auch die Themen der Zielvereinbarung sowie den Transferbericht bittet sie zu besprechen.

Dem Vorschlag des Jugendamts folgend, werden die zur Planung des Haushalts relevanten Themen in das Frühjahr gelegt.

Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Jugendhilfe sowie Soziales und Gesundheit werde gesondert geplant.

Der Jahresplanung wird mit den besprochenen Änderungen zugestimmt.
Der abgestimmte Plan wird mit der Einladung zur nächsten Sitzung übersandt.

zu 9 **Aktuelle Viertelstunde**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr BV Siewer:

Verbundtagespflege

Es sei geplant, sich am 26.01.2021 in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Verbesserungsmöglichkeiten auszutauschen. Es soll auch über Fortbildungsmöglichkeiten gesprochen und Informationen zur Zusammensetzung der betreuten Kinder gesammelt werden. Den ihm vorliegenden Informationen zufolge finde eine Einzelbedarfsprüfung nach § 17 AG KJHG bei 4-6-jährigen nicht statt. Der Verband habe mitgeteilt, dass seitens des Jugendamts noch keine Informationen dazu vorliegen.

Frau Goral informiert, dass bei sämtlichen Kindern, bei denen ein Wechsel angestanden hätte, die Zeit ungeprüft verlängert worden sei. Mit der Arbeitsgruppe sollten nicht nur die Ideen und Maßnahmen erarbeitet, sondern auch eine einheitliche und gemeinsame Kommunikation gewährleistet werden. Aufgrund der ausgesprochenen Verlängerungen sei der Zeitdruck genommen.

Frau Sauermann merkt an, dass die Tagespflegepersonen Informationen benötigen, um planen und Eltern beraten zu können, die ihre Kinder jetzt anmelden möchten. Das sei unabhängig von der Prüfung und Erarbeitung von Verbesserungsmaßnahmen.

Frau Goral informiert, dass Anfragen von Tagespflegestellen und Eltern im Jugendamt angekommen und bearbeitet worden seien. Sie sehe daher keine Eile, sondern plädiere dafür, die Informationen auch mit Qualität zu versehen.

Fraktion DIE LINKE, Frau Schrader:

kaum Coronabedingte Beschränkungen

Frau BV Schrader erkundigt sich, inwieweit Unterstützungen und Beratungen des Jugendamts für Familien und Betreffende sichergestellt werde.

Frau Goral informiert, dass anders als im ersten Lockdown das Jugendamt trotz der coronabedingten Einschränkungen bemüht ist, die Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen. Es seien Konzepte ausgearbeitet worden, die den Schutz der Mitarbeiter beachten. So sei z.B. die technische Ausstattung für außerhäusiges Arbeiten und die Ausstattung mit Schutzkleidung verbessert worden.

Das Jugendamt bemerke, dass in den vergangenen Wochen, insbesondere um die Weihnachtstage die Kontaktsuche zum RSD abgenommen habe, was kein gutes Zeichen sei. Die Notkonzepte mit Schulen und Kitas seien umgehend wieder aufgenommen worden.

Frau Depil, Bürgerdeputierte:

Schüler*innen, die nicht am Homeschooling teilnehmen

Das „Schulisch angeleitete Lernen zu Hause“ (SaLzH) erreiche nach Einschätzung des BEA Mitte 10% der Schüler*innen nicht, worunter auch die Schüler*innen seien, die zu Schuldistanz tendieren. Anknüpfend an die Ausführungen zu den coronabedingten Beschränkungen wird um Auskunft gebeten, ob das Jugendamt diesbezüglich Maßnahmen ergriffen habe, zum Beispiel durch Kooperationen mit Schulen oder der Schulaufsicht.

Frau Goral informiert, dass grundsätzlich sehr gute Konzepte bestehen und die Vereinbarungen mit den Schulen im Handlungsleitfaden beschrieben seien. Zur aktuellen Lage mit den coronabedingten Einschränkungen werde sie die Informationen nachreichen.

Frau Depil informiert, dass die Ausgabe von Tablets an Schüler*innen zum Teil daran scheitere, dass Eltern sich weigerten, die Haftung dafür zu übernehmen.

Frau Bierwirth, Bürgerdeputierte:

Kitaplatzausbau

Das Bezirksamt habe Projekte aus dem Kitabedarfsplan bei der Senatsverwaltung ange-

meldet, mit dem Ziel, Förderungen aus dem Bundes- bzw. Landesprogramm Kitaplatz-
ausbau zu erhalten. Sie erkundigt sich, welche der Projekte bewilligt und ob die Prioritä-
ten des Bezirks dabei berücksichtigt worden seien.

Herr Lehmann (BA Mitte) informiert, dass die Liste offiziell noch nicht vorliege.

zu 10 Beratung von Drucksachen

zu 10.1 Mehr Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit in Tiergarten Süd – Ver- sorgung mit Spiel-, Sport- und Bewegungsflächen verbessern Drucksache: 2664/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrags (1 Ja-
Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-
Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der
Fraktion der AfD, 4 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten).

zu 11 Verschiedenes

Frau Schauer-Oldenburg thematisiert die Gewaltzunahme während des Lockdowns. Das
Jugendamt informiert, dass jede Möglichkeit des Zugangs wahrgenommen werden müs-
se. Den Hinweisen von Nachbarn, Lehrern und anderen Menschen, die Gewalt bemer-
ken, werde nachgegangen. Im Bezirk Mitte seien die verschiedenen Akteure der Jugend-
hilfe sehr gut miteinander vernetzt. Anrufe und Kontaktaufnahmen der Familien selbst
seien besorgniserregend rückläufig.

gez.
T. Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin